
8058/J XXIV. GP

Eingelangt am 24.03.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Roman Haider
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend den Finanzierungsbeitrag zur staatlichen AGES

*"Der Bund plant, zur Finanzierung der staatlichen Agentur für Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit (AGES) per Gesetz einen Gesundheits- und
Ernährungssicherheitsbeitrag einzuführen. Im Wesentlichen soll dieser von
Lebensmittel produzierenden Betrieben, dem Handel und der Gastronomie entrichtet
werden. In Wien betrifft dies über 7000 Betriebe," so die WKO Wien in einer
Mitteilung vom 11.01.2011*

*"Die Hauptaufgabe der AGES sind Lebensmitteluntersuchungen, die als Teil der
Lebensmittelsicherheit im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen und deshalb
auch durch die Öffentlichkeit finanziert werden sollen. Es ist nicht einzusehen, warum
private Betriebe diese Ausgaben für die öffentliche Hand übernehmen müssen. Die
Unternehmen tragen bereits jetzt massiv zum Steueraufkommen bei und dürfen
daher für staatliche Leistungen nicht nochmals belangt werden," so der Fachverband
der chemischen Industrie.*

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für
Gesundheit folgende

Anfrage

1. Wie rechtfertigen Sie die zusätzliche finanzielle Belastung, die im Zuge des
Ernährungssicherheitsbeitrages vor allem kleinere und mittlere Händler
besonders treffen wird?

2. Wie beurteilen Sie die Überwälzung der Kosten der mit rein hoheitlichen Aufgaben betrauten Lebensmittelkontrollstelle AGES auf die Betriebe?
3. Wann und in welcher Höhe wird die Gebühr für die Lebensmittelkontrollstelle AGES eingehoben werden?
4. Wie beurteilen Sie den erhöhten Verwaltungsaufwand bei den betroffenen Betrieben?